

AGF EuropaNews

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – Juli 2026

Inhalt

Nachrichten aus den europäischen Institutionen	1
EU-Rat: Irland übernimmt den Vorsitz mit Fokus auf europäischen Werten	1
EU-Kommission: Expertengruppe empfiehlt soziale Medien unter 13 Jahren nur mit Erwachsenen	1
EU-Rat und EU-Parlament: neue Interimsverordnung zum Screening von CSA-Material beschlossen	2
Europarat: Fortschritte und Defizite gegen technologiegestützten sexuellen Missbrauch von Kindern	2
EU-Kommission geht weiter gegen Verstöße gegen das Gesetz über digitale Dienste vor.....	3
EU-Kommission: dritter Bericht über den demografischen Wandel.....	3
Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss kritisiert die europäische Migrations- und Asylstrategie	3
EU-Kommission registriert vier neue Europäische Bürgerinitiativen	4
<i>Kurznachrichten: Säule sozialer Rechte, Gender-Strategie</i>	<i>4</i>
Nachrichten aus den europäischen Staaten	4
Frankreich bannt soziale Medien für Kinder und Jugendliche unter 15 Jahren	4
Frankreich erlaubt in engen Grenzen Sterbehilfe für Schwerkranke	5
Schweiz: erste landesweite Lösung zur Finanzierung der Kinderbetreuung.....	5
Weitere Nachrichten	5
Singapur: Expertenrat empfiehlt Bekämpfung schädlicher Funktionen sozialer Medien statt Alterslimit	5
72 Organisationen prangern diskriminierende Rhetorik im Europäischen Parlament an.....	5
Berichte und Studien	6
UNFPA: Leben, Entscheidungen und Zukunftsperspektiven – Umfrage zur demografischen Zukunft 2026	6
Eurobarometer: Umfrage zu Risiken für Kinder in den sozialen Medien und Gegenmaßnahmen	6
EU-Kommission: Umfrage unter 12-17jährigen zur digitalen Fairness	6
FOSI: Einschätzungen von Kindern und Eltern zum australischen Social-Media-Verbot	7
IFEL: Bezahlbarer Wohnraum in der EU-Politik.....	7
<i>Kurznachrichten: Obdachlosigkeit, KI-Nutzung, mentale Gesundheit, BIK-Monitor, Onlinezeit der Eltern</i>	<i>7</i>
Bevorstehende Veranstaltungen	8

Nachrichten aus den europäischen Institutionen

EU-Rat: Irland übernimmt den Vorsitz mit Fokus auf europäischen Werten

Am 1. Juli ging turnusgemäß der Vorsitz im Rat der Europäischen Union an Irland über. Unter dem alten irischen Motto „Stärke mit Einigkeit“ hat der neue Ratsvorsitz sein Programm und seine Prioritäten vorgelegt. Im Zentrum stehe, Ergebnisse für Wettbewerbsfähigkeit, europäische Werte und Sicherheit zu liefern, einschließlich der anhaltenden Unterstützung für die Ukraine und des globalen Engagements der EU für Frieden und Entwicklung. Der Vorsitz des Ministerrates strebt eine Führungsrolle der EU in der künstlichen Intelligenz an und werde für eine zeitnahe Einigung über den Haushalt der Union für den Zeitraum 2028-2034 Sorge tragen. Soziale Investitionen stellen nach Ansicht des Vorsitzes einen wirtschaftlichen Vorteil für Europa dar. Der irische Vorsitz werde sich bemühen, die Initiativen des Europäischen Plans für bezahlbaren Wohnraum voranzubringen. Die Gewährleistung eines gerechten Zugangs zur Gesundheitsversorgung sei ein zentraler Ausdruck der Werte der Union. Der Vorsitz werde sich gegen häusliche, sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt einsetzen, ebenso für den Schutz von Minderheiten sowie die Rechte des Kindes – unter anderem durch dessen Beteiligung an Entscheidungen, die sein Leben betreffen.

- [EU-Ratsvorsitz: Programme of the Irish Presidency of the Council of the European Union](#) 
- [EU-Ratsvorsitz: Priorities of the Irish Presidency of the Council of the EU](#) 

EU-Kommission: Expertengruppe empfiehlt soziale Medien unter 13 Jahren nur mit Erwachsenen

Der Sachverständigenausschuss zur Sicherheit von Kindern im Internet (s. zuletzt [AGF-EuropaNews 4/26](#)) hat seine Empfehlungen an EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen übergeben. Nach dem Sommer will die EU-Kommission einen entsprechenden Vorschlag vorlegen. Die EU-Kommissionspräsidentin präsentierte drei Empfehlungen des Sonderausschusses: Kinder bis zum Alter von drei Jahren sollten gar nicht mit Bildschirmen in Kontakt gebracht werden. Kindern unter 13 Jahren sollte der Zugang nur zeitlich begrenzt und unter Aufsicht – durch Eltern, Betreuer:innen oder Lehrkräfte – gewährt werden. Ab diesem Alter sollte man schrittweise einen zunehmend selbständigen Zugang zulassen, soweit die Plattformen nachweisen, dass ihre Dienste sicher und altersgerecht sind. Außerdem will die Kommission vorschlagen, für welche Internetangebote über die sozialen Medien hinaus dies gelten soll (z. B. KI oder Onlinespiele).

- [EU-Kommission: Report by the Co-Chairs of the Special Panel on Child Safety Online](#)  

EU-Parlament, Ausschuss für Kultur und Bildung zu sozialen Medien und sichererem Online-Umfeld

In einem vom Ausschuss für Kultur und Bildung angenommenen Bericht betonen die Europaabgeordneten, dass das Online-Umfeld den Grundsätzen von „Privacy by Design“ und „Safety by Default“, einer altersgerechten Gestaltung sowie algorithmischer Transparenz unterliegen muss. Unter Hinweis auf die Auswirkungen süchtig machender Designmerkmale auf das Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen fordern die Abgeordneten ein Verbot der schädlichsten Praktiken und drängen die Plattformen dazu, risikobasierte Schutzmaßnahmen für ihre Empfehlungssysteme einzuführen. Sie ermutigen die Kommission, im Falle schwerwiegender und anhaltender Verstöße gegen die Bestimmungen zum Schutz Minderjähriger eine persönliche Haftung einzuführen. Der Text unterstreicht zudem die Notwendigkeit einer erhöhten Transparenz in Bezug auf die algorithmischen Systeme sozialer Medien, da undurchsichtige Algorithmen und die Moderation von Inhalten die Fähigkeit junger Nutzer:innen beeinträchtigen, zu verstehen, warum bestimmte Inhalte empfohlen, unterdrückt oder entfernt

werden. Die Abgeordneten unterstützen außerdem die Einführung eines „Jugendmodus“, der gezielte Werbung deaktiviert und süchtig machende Designmerkmale einschränkt. Darüber hinaus sollten Minderjährige vor kommerziellen Ausbeutungspraktiken wie „Kidfluencing“ – bei dem Kinder zu Influencern gemacht werden – und „Sharenting“ – bei dem Eltern das Leben ihrer Kinder online dokumentieren – geschützt werden. Die Europaabgeordneten unterbreiteten zudem Vorschläge für ethische Standards für „KI-Begleiter“, die virtuelle Freundschaften simulieren, um die Ausnutzung der emotionalen Verletzlichkeit von Minderjährigen zu verhindern.

- [EU-Parlament: Better enforcement of rules needed for a safer social media and online environment](#) 

EU-Rat und EU-Parlament: neue Interimsverordnung zum Screening von CSA-Material beschlossen

Innerhalb von gut drei Wochen haben der Rat der Europäischen Union und das Europäische Parlament eine neue Ausnahmegenehmigung verabschiedet, die Anbietern von Internetdiensten wieder eine rechtliche Grundlage für die freiwillige Aufdeckung und Entfernung von Material über sexuellen Missbrauch von Kindern gibt. Die vorige Ausnahme war im April ausgelaufen, weil sich Ministerrat und Parlament nicht einigen konnten (s. [AGF-EuropaNews 3/26](#)). Viele Plattformbetreiber haben danach ihr Screening fortgesetzt, jedoch bestand hier Rechtsunsicherheit. Nachdem der Rat am 30. Juni einen Vorschlag vorgelegt hatte, hat das Parlament in einem umstrittenen Eilverfahren abgestimmt und verlangt, verschlüsselte Kommunikation auszunehmen. Der EU-Rat hat dies akzeptiert und die Interimsverordnung am 23. Juli verabschiedet, um schnell zu einer Übergangslösung zu kommen. Sie wird bis zum April 2028 gelten. Die Frage der verschlüsselten Kommunikation werde der langfristigen Regelung durch die CSA-Verordnung obliegen (CSA Regulation, s. zuletzt [AGF-EuropaNews 10/25](#)).

- [EU-Rat: Vorübergehende Maßnahme zum Schutz von Kindern wiedereingeführt](#)

Europarat: Fortschritte und Defizite gegen technologiegestützten sexuellen Missbrauch von Kindern

Ein neuer Bericht befasst sich mit der Umsetzung des Übereinkommens des Europarates zum Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch (Lanzarote-Konvention) von 2022. Demnach haben die Mitgliedstaaten in den letzten Jahren einige Fortschritte beim Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch, die mithilfe von Technologie begangen werden, erzielt: Ermittlungsbefugnisse wurden ausgeweitet, die Unterstützung der Opfer verstärkt, die Finanzmittel spezialisierter Strafverfolgungsbehörden und der Zivilgesellschaft aufgestockt und Schulungen für Personen, die mit Kindern in Kontakt kommen, ausgebaut. Es bestehen jedoch nach wie vor erhebliche Lücken: So erlauben fast zwei Drittel der untersuchten Staaten immer noch die Strafverfolgung von Kindern wegen des Besitzes von sexualisierten Bildern und Videos von sich selbst oder ihrer minderjährigen Intimpartner:in. Im Falle von Kindern, die sexualisierte Bilder und Videos anderer Kinder nicht einvernehmlich teilen, sehen zwei Drittel der Staaten weiterhin nicht vor, dass alle anderen Optionen, beispielsweise Aufklärung, zuerst in Betracht gezogen werden, bevor eine strafrechtliche Verfolgung eingeleitet wird. Die Arbeit der entsprechenden Strafverfolgungsbehörden wurde intensiviert. Die Zahl der Länder, die über kinderfreundliche Telefon- oder Internet-Hotlines verfügen, die betroffene Kinder bei Sexualstraftaten beraten – einschließlich IKT-gestützter –, ist erheblich gestiegen. Während einige Staaten betroffenen Kindern sowohl kurz- als auch langfristige Unterstützung anbieten, leisten viele nur während des Gerichtsverfahrens Hilfe oder garantieren keine kontinuierliche Betreuung. Deutlich mehr Staaten stellen Finanzmittel für zivilgesellschaftliche Projekte bereit, die auf den Schutz vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch von Kindern abzielen.

- [Europarat: Technologiegestützter sexueller Missbrauch von Kindern](#)

EU-Kommission geht weiter gegen Verstöße gegen das Gesetz über digitale Dienste vor

Die Europäische Kommission hat festgestellt, dass Meta wegen Instagrams und Facebooks suchterzeugender Gestaltung gegen das Gesetz über digitale Dienste (Digital Services Act, DSA) verstoße. Beanstandet werden Merkmale wie die Möglichkeit, endlos zu scrollen, das automatische Abspielen von Medieninhalten, Push-Benachrichtigungen und die stark personalisierten Empfehlungssysteme. Zudem habe Meta verfügbare Informationen über die Zeit, die Minderjährige nachts auf Instagram oder Facebook verbringen, und darüber, wie die Optimierung seiner verschiedenen Formate zu einer übermäßigen Nutzung der Dienste führen könnte, außer Acht gelassen.

Darüber hinaus hat die Kommission festgestellt, dass die Konten für Minderjährige bei TikTok nicht den Sicherheitsstandards entsprechen, die nach dem DSA erforderlich seien, weil jede:r Benutzer:in, auch ohne TikTok-Konto, in der Lage sei, den Inhalt von Minderjährigen anzusehen.

Meta und TikTok können nun dazu Stellung nehmen. Bei Nichteinhaltung drohen Geldbußen. Eine Geldbuße in Höhe von 550 Mio. EUR hat die Kommission gegen AliExpress verhängt, weil das Unternehmen seine Verpflichtungen aus dem DSA nicht eingehalten habe, die Risiken im Zusammenhang mit dem Verkauf rechtswidriger Produkte auf seiner Plattform für den Onlinehandel sorgfältig zu bewerten und zu mindern. AliExpress muss nun bis Oktober der Kommission einen Aktionsplan vorlegen.

- [EU-Kommission: Instagrams und Facebooks suchterzeugende Gestaltung verstößt gegen den DSA](#)
- [EU-Kommission: TikTok verstößt durch Nichtbereitstellung sicherer Konten für Minderjährige gegen DSA](#)
- [EU-Kommission: Kommission verhängt Geldbuße in Höhe von 550 Mio. EUR gegen AliExpress](#)

EU-Kommission: dritter Bericht über den demografischen Wandel

In dem von der Gemeinsamen Forschungsstelle erstellten Bericht wird bestätigt, dass sich die Größe der Bevölkerung Europas derzeit auf ihrem Höhepunkt befindet. Mit derzeit 450,6 Millionen Menschen werde die Bevölkerung der EU bis 2050 auf rund 445 Millionen und bis 2100 auf ein Niveau der 1970er Jahre von ca. 399 Millionen geschätzt. Bis 2050 werde fast jede:r dritte EU-Bürger:in 65 Jahre oder älter sein – im Vergleich zu jeder/m fünften Einwohner:in heute. Die Steigerung der Produktivität und die Erschließung ungenutzter Arbeitskraftpotentiale würden von entscheidender Bedeutung sein, um das Wirtschaftswachstum aufrechtzuerhalten und die öffentlichen Finanzen zu stärken. Der Übergang zu einer Gesellschaft mit langer Lebenserwartung erhöhe auch die Nachfrage nach Gesundheitsversorgung und Langzeitpflege, wobei die Zahl der Menschen, die Unterstützung benötigen, bis 2070 voraussichtlich von 36 auf 48 Millionen steigen werde. Der Bericht beschreibt zudem die Maßnahmen der EU zum Thema.

- [EU-Kommission: Demografiebericht der Kommission](#)

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss kritisiert die europäische Migrations- und Asylstrategie

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) hat eine Stellungnahme zur europäischen Migrations- und Asylstrategie verabschiedet, in der er das Ziel der Strategie, einen umfassenden Rahmen zur Steuerung von Migration und Asyl zu schaffen, würdigt. Er kritisiert jedoch, dass Kontrolle, Eindämmung und Rückführung Vorrang vor einer wirklich umfassenden, auf Rechten basierenden Migrationspolitik haben. Der Ausschuss betont, dass reguläre Migrationswege, Integrations- und Inklusionsmaßnahmen sowie der Schutz der Grundrechte gleichermaßen Bedeutung haben. Migration sollte als strukturelles, vielschichtiges Phänomen mit sozialen, wirtschaftlichen und humanitären Dimensionen betrachtet werden. Der EWSA äußert Bedenken, ob die Umsetzung

der Strategie den Grundwerten der Union, insbesondere der Achtung der Grundrechte, der Menschenwürde, der Solidarität und der Rechtsstaatlichkeit, in vollem Umfang gerecht wird.

- [European Economic and Social Committee: European Migration and Asylum strategy](#) 

EU-Kommission registriert vier neue Europäische Bürgerinitiativen

Die Europäische Kommission hat die Initiative „Right to Housing! Now and Forever“ registriert. Diese fordert einen Zugang zu bezahlbarem und nachhaltigem Wohnraum sowie die Einrichtung einer EU-Wohnungsagentur. Ebenso wurde die Initiative „Stop Killing The Internet: Keine digitale ID & keine Altersüberprüfung“ aufgenommen, die sicherstellen möchte, dass digitale Identitäts- und Alterssicherungssysteme freiwillig, datenschutzfreundlich und diskriminierungsfrei bleiben. Eine weitere Initiative fordert die „Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) in der gesamten EU“, da aufgrund der künstlichen Intelligenz und der Robotik schon bald nicht genügend Arbeitsplätze für alle vorhanden seien. Die Initiative „All On Board – Für dein Recht auf Staatsbürgerschaft ohne Grenzen“ fordert eine Unionsbürgerschaft ab 16 Jahren sowie das Recht, an einem europäischen Austauschprogramm teilzunehmen und eine gleichwertige Anerkennung von erworbenen Qualifikationen zu erfahren. Die Organisator:innen der Initiativen haben nun sechs Monate Zeit, um die 12-monatige Frist für die Sammlung von einer Million Unterschriften zu eröffnen.

- [Europäische Bürgerinitiative: Right to Housing! Jetzt und für immer](#)
- [Kommission schließt Zulässigkeitsprüfung der Europäischen Bürgerinitiative zur digitalen Identität ab](#)
- [Europäische Bürgerinitiative: Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens in der gesamten EU](#)
- [Europäische Bürgerinitiative: Alle dabei – Für Ihr Recht auf eine Bürgerschaft ohne Grenzen](#)

Kurznachrichten: Säule sozialer Rechte, Gender-Strategie

- Die EU-Kommission hat eine [Mitteilung zur europäischen Säule sozialer Rechte](#) angenommen, die die Säule bestätigt, Fortschritte bewertet und Prioritäten für weitere Maßnahmen beschreibt, u. a. zum Wohnen
- Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss hat eine [Stellungnahme zur EU-Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter 2026-2030](#) verabschiedet.

Nachrichten aus den europäischen Staaten

Frankreich bannt soziale Medien für Kinder und Jugendliche unter 15 Jahren

Das französische Parlament hat mit 279 zu 81 Stimmen einen Gesetzentwurf verabschiedet, der soziale Netzwerke für unter 15-Jährige verbietet. Damit ist Frankreich das erste Land in Europa, welches ein Social-Media-Verbot für Jugendliche einführt. Die Reform enthält auch ein Verbot von Mobiltelefonen an Gymnasien. Für neu angelegte Social-Media-Konten gilt die Regelung bereits ab dem 1. September, für bestehende Konten gilt eine Frist von vier Monaten. Das Gesetz sieht keinerlei Strafen für Kinder oder Eltern vor. Die Plattformen werden verpflichtet, ein System zur Altersverifikation einzuführen. Dies liegt laut EU-Kommission jedoch in der alleinigen Zuständigkeit der EU-Kommission, die zudem eine EU-weit einheitliche Regelung anstrebt.

Frankreich erlaubt in engen Grenzen Sterbehilfe für Schwerkranke

Die französische Nationalversammlung hat ein Gesetz zur Sterbehilfe verabschiedet, mit 291 Ja- und 241-Nein-Stimmen und nach langer Debatte (s. [AGF-EuropaNews 5/25](#)). Demnach dürfen volljährige und in Frankreich lebende französische Staatsbürger:innen, die an einer nicht heilbaren Krankheit im Endstadium leiden und bei Bewusstsein sind, auf Wunsch „Hilfe zum Sterben“ erhalten. Allerdings müssen sie den Wunsch nach Sterbehilfe frei und klar an einen Arzt oder eine Ärztin richten und sich der Tragweite bewusst sein. Das Verfahren sieht vor, dass ein interdisziplinäres Gremium unter ärztlicher Beteiligung den Wunsch nach Sterbehilfe prüft und die/der Ärzt:in der/dem Erkrankten binnen zweier Wochen das Ergebnis mitteilt. Diese:r muss den eigenen Wunsch nach Sterbehilfe nach zwei Tagen Bedenkzeit bekräftigen. Das Gesetz sieht vor, dass die/der Patient:in das tödliche Mittel selbst einnimmt, es sei denn, sie/er ist dazu körperlich nicht in der Lage. In diesem Fall wird die Handlung von einer Ärzt:in oder einer Pflegekraft vorgenommen. Diese können aus Gewissensgründen eine Beteiligung an der Sterbehilfe ablehnen und an Berufskolleg:innen verweisen. Das Gesetz wird noch vom Verfassungsrat überprüft.

Schweiz: erste landesweite Lösung zur Finanzierung der Kinderbetreuung

Die Schweiz erhält zum ersten Mal auf Bundesebene eine Lösung zur Finanzierung der Kinderbetreuung. Herzstück des Kita-Gesetzes ist eine neue Betreuungszulage für Eltern von Kindern bis acht Jahren: Sie beträgt mindestens 100 Franken pro Monat (etwa 108 Euro), wenn ein Kind an einem Tag pro Woche institutionell betreut wird, und steigt mit jedem zusätzlichen halben Betreuungstag um 50 Franken.

Weitere Nachrichten

Singapur: Expertenrat empfiehlt Bekämpfung schädlicher Funktionen sozialer Medien statt Alterslimit

Ein vom Gesundheitsministerium (MOH) gebildetes Expertengremium rät von einem altersabhängigen pauschalen Verbot sozialer Medien ab und verweist dabei darauf, dass ein solches Verbot kontraproduktiv sein könnte, sowie auf die fehlende Unterscheidung zwischen schädlicher und nützlicher Nutzung. Stattdessen sollten spezifische gefährdende Funktionen angegangen werden, da ein maßgeschneiderter Ansatz nachhaltiger und verhältnismäßiger sei. Zudem empfiehlt es weitere Maßnahmen zur Förderung einer sichereren Nutzung sozialer Medien durch junge Menschen.

72 Organisationen prangern diskriminierende Rhetorik im Europäischen Parlament an

Eine breite Koalition zivilgesellschaftlicher Organisationen, darunter Amnesty, Caritas und COFACE, hat einen gemeinsamen Brief an die Präsidentin des Europäischen Parlaments, Roberta Metsola, gerichtet, in dem sie strengere Maßnahmen fordert, um der zunehmenden Normalisierung diskriminierender Rhetorik im EU-Parlament entgegenzuwirken. Der Brief folgt auf die Plenarsitzung vom 17. Juni, bei der eine Gruppe von Europaabgeordneten nach der Verabschiedung der Rückführungsverordnung „Schickt sie zurück!“ skandierte.

- [Civil society coalition calls on Metsola to address rise in discriminatory rhetoric in the EU Parliament](#) 

Berichte und Studien

UNFPA: Leben, Entscheidungen und Zukunftsperspektiven – Umfrage zur demografischen Zukunft 2026

Anhand der Aussagen von über 108.000 internetaffinen Menschen im Alter von 18 bis 39 Jahren aus 73 Ländern zeigt dieser Bericht, dass viele junge Menschen Partnerschaft und Elternschaft nach wie vor schätzen, die Voraussetzungen zur Verwirklichung dieser Wünsche jedoch oft als unerreichbar empfinden. Mehr als zwei Drittel der Befragten möchten heiraten oder mit einer/m Partner:in zusammenleben. Zwei Kinder sind in fünf von sieben regionalen Gruppen die am häufigsten genannte ideale Familiengröße. Wirtschaftliche und wohnungsbezogene Zwänge stellen die häufigsten Hindernisse für das Eingehen einer Partnerschaft dar. Finanzielle Sicherheit ist der wichtigste Faktor für den Eintritt in eine Partnerschaft (81 %) und für die Elternschaft (88 %). Junge Befragte betrachten zudem eine feste Anstellung (87 %) und emotionale Reife (85 %) als wichtige Voraussetzungen dafür, Eltern zu werden.

- [UNFPA: Lives, Choices and Futures – Demographic Futures Survey](#) 

Eurobarometer: Umfrage zu Risiken für Kinder in den sozialen Medien und Gegenmaßnahmen

Eine neue Eurobarometer-Umfrage zeigt, dass die Europäer:innen über die Risiken besorgt sind, denen Kinder in den sozialen Medien ausgesetzt sind. Cybermobbing und Belästigung stehen ganz oben auf der Liste der Bedenken und beunruhigen 71 % der Befragten, dicht gefolgt von Ängsten vor Online-Grooming und sexueller Ausbeutung (70 %), der Exposition gegenüber schädlichen Inhalten wie Gewalt, Selbstverletzung oder Extremismus (69 %) und dem Missbrauch personenbezogener Daten von Kindern (69 %). Signifikante Mehrheiten weisen auch auf das Risiko hin, dass Kinder für illegale Aktivitäten rekrutiert werden (64 %) und süchtig machendem Plattformdesign ausgesetzt sind (60 %). Viele Europäer:innen befürworten strengere Sanktionen für illegale Online-Inhalte (44 %) und strengere Vorschriften für Plattformen (40 %), gefolgt von einer klaren Kennzeichnung von KI-generierten oder manipulierten Inhalten (38 %), einer Mindestaltersgrenze für den Zugang zu sozialen Medien (37 %) und höheren Investitionen in Medienkompetenz und unabhängige Faktenprüfung (29 %).

- [Flash-Eurobarometer: Europäerinnen und Europäer fordern stärkere Maßnahmen in der Online-Sicherheit](#)

EU-Kommission: Umfrage unter 12-17jährigen zur digitalen Fairness

Die Europäische Kommission hat für den geplanten Digital Fairness Act (DFA) eine Umfrage unter fast 5000 Kindern und Jugendlichen im Alter von 12 bis 17 Jahren durchgeführt. 69 % der befragten Kinder gaben an, dass Influencer nur Produkte bewerben dürfen sollten, die sicher und für Kinder geeignet sind. 58 % der Kinder sprachen sich für strengere Vorschriften für personalisierte Werbung und unterschiedliche Preise für verschiedene Personengruppen aus. 48 % der Kinder forderten eine Regelung von Funktionen wie dem unendlichen Scrollen. Die Zustimmung zu Alterslimits hing vom Alter der Befragten ab und fokussierte sich überwiegend auf Altersgrenzen unterhalb des Alters der Befragten.

- [EU Children's Participation Platform: Findings from the consultation with children on the DFA](#)  

FOSI: Einschätzungen von Kindern und Eltern zum australischen Social-Media-Verbot

Das australische Family Online Safety Institute (FOSI) hat vor und nach der Einführung des Verbots sozialer Medien für Unter-16-Jährige sowohl Eltern als auch 10-17-Jährige befragt (jeweils gut 1000). Vor und nach der Einführung war eine Mehrheit der Eltern, aber nur eine Minderheit der Kinder und Jugendlichen für das Verbot, wobei letztere leicht zunahm. Das Vertrauen in die Umsetzung ist von 25-29 % auf 42 % gewachsen. 50 % der 10-15-Jährigen, die einen oder mehrere Accounts bei sozialen Medien hatten, konnten alle oder einen Teil davon aufrechterhalten. Vor der Einführung des Banns war nur die Minderheit der Eltern und Kinder der Auffassung, dass die Maßnahme die mentale Gesundheit der Unter-16-Jährigen schützen werde; inzwischen ist es jeweils eine Mehrheit. Dagegen hat die Hoffnung auf weniger Zeit vor dem Bildschirm von 47-48 % auf 33-37 % abgenommen. 36 % der Eltern und 46 % der Kinder sagten, die Maßnahme habe dazu geführt, dass mehr Zeit auf anderen Plattformen verbracht werde. Drei Viertel der Eltern wie der Kinder sprachen sich für spezielle Accounts für Teenager aus, mit leicht steigender Tendenz.

➤ [FOSI: Australian Children's and Parents' Perceptions of the Recent Social Media Ban](#)  

IFEL: Bezahlbarer Wohnraum in der EU-Politik

Diese Veröffentlichung des italienischen Instituts für Finanzen und Lokale Ökonomie (IFEL) nimmt eine Bestandsaufnahme des „European Affordable Housing Plan“ vor und beleuchtet die Rolle der europäischen und nationalen Politik bei der Bewältigung der steigenden Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum. Zwischen 2015 und 2025 sind die Immobilienpreise in der EU um über 60 % gestiegen. 20 % der Wohnungen stehen leer, und Kurzzeitvermietungen haben einen Höchststand von +93 % erreicht. Nur 6-7 % des Immobilienbestands in der EU entfallen auf Sozialwohnungen. Die 2026 auslaufende Initiative „Next Generation EU“ hat rund 147.000 Wohnungen finanziert. Die Europäische Kommission schätzt, dass zur Schließung der Lücke zwischen Angebot und Nachfrage an bezahlbarem Wohnraum jährlich etwa 650.000 zusätzliche Wohnungen gegenüber dem derzeitigen Bauvolumen erforderlich sind, mit einer Investition von etwa 150 Milliarden Euro pro Jahr.

Kurznachrichten: Obdachlosigkeit, KI-Nutzung, mentale Gesundheit, BIK-Monitor, Onlinezeit der Eltern

- Eurodiaconia weist in einem [Bericht zur Obdachlosigkeit von Familien in Europa](#) darauf hin, dass 2024 in Europa in jeder Nacht 400.000 Kinder auf der Straße, in Not- oder Behelfsunterkünften schliefen.
- UNICEF bietet einen [Überblick über die Nutzung von KI durch Kinder](#) und die Bedenken von Kindern und Eltern an. Erkenntnisse aus zehn Ländern zeigen: Bis zu 50 % der befragten Kinder nutzen bereits KI.
- Der Wissenschaftliche Dienst des EU-Parlaments hat eine [Studie zur psychischen Gesundheit junger Menschen im digitalen Zeitalter](#), den entstehenden Kosten sowie Gegenmaßnahmen veröffentlicht.
- Die Europäische Kommission analysiert im [BIK-Policy-Monitor-Bericht 2026](#), wie europäische Länder eine sicherere und befähigende digitale Welt für Kinder und Jugendliche gestalten.
- [Mama, liebst du dein Handy mehr als mich?](#) So lautet der Titel eines Artikels in „Frontiers in Psychology“ zu den Auswirkungen der durch Smartphones bedingten Ablenkung der Eltern auf ihre jugendlichen Kinder.

Bevorstehende Veranstaltungen

Datum Online / Ort	Titel und Link	Veranstalter
1.-7. August 2026 (in Dtl: 28. 9.-4 .10. 26)	World Breastfeeding Week	UN
12. August 2026	International Youth Day	UN
30. August 2026	International Day of the Victims of Enforced Disappearances	UN
1. September, Brüssel und online	Children Navigating Migration: Building Stronger Protection for Unaccompanied Children	Eurochild
8. September 2026, online	Tuesday Dialogue: Who can still afford to buy their own home?	Population Europe
15. September 2026, online	COFACE working group on single parent families	COFACE
24. September 2026, Dublin	Break the Cycle Conference – The Importance of Interagency Collaboration in Breaking the Cycle of Inequality for Children and Young People through Prevention, Early Intervention and Family Support	Eurochild; Irish Department of Children, Disability and Equality; Eurofound; Children's Rights Alliance; Tusla
25.-26. September 2026, Warschau	Labour Market Transformations and the Future of Families – Final Conference of the ERC Project LABFER	Interdisciplinary Centre for Labour Market and Family Dynamics (LabFam)
1. Oktober 2026	Daphne-CHILD High-level Conference	Eurochild und Terre des Hommes
6. Oktober 2026, online	Tuesday Dialogue: Mind the Parental Age Gap!	Population Europe
8. Oktober 2026, online	The Finnish Family centre model – Evaluating and replicating a European best practice in multi-agency prevention	European Observatory on Family Policy (COFACE und ODISEE University)
12.-14. Oktober 2026	European Week of Regions and Cities 2026	EC und ECR
14. Oktober 2026, Brüssel und online	The Future of Social Investment in Europe: Children at the Heart of the MFF 2028-2034	Eurochild und Save the Children
15. Oktober 2026, online	Women, Care and Artificial Intelligence (Breakfast Bytes Webinar)	COFACE
20. Oktober 2026,	Tuesday Dialogue - "Boys' Achievement Crisis": myths,	Population Europe

Datum Online / Ort	Titel und Link	Veranstalter
online	evidence, policy challenges	
18. November 2026, Valletta, Malta	Implementing the European Child Guarantee for Children with Disabilities	COFACE

Die Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V. ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf), Zukunftsforum Familie (ZFF).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie setzt sich für die Belange der Familien ein und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union) und im europäischen Netzwerk zu transnationalen Familien TraFaDy (Transnational Family Dynamics in Europe) sowie in der International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR) aktiv.



AGF e.V. · Oranienplatz 5, 10999 Berlin ·
Tel.: +49 (0)30 290 28 25-70
E-Mail: europa@ag-familie.de · Web: www.ag-familie.de
Redaktion: Lars Vogelsang, Sven Iversen (v.i.S.d.P.)

Gefördert vom:



Bundesministerium
für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend